

## Neues aus dem Schulausschuss – Sitzung vom 15. September 2014

Die wesentlichen Punkte der ersten Sitzung in dieser Ratsperiode waren 19 Bewerbungen um Schulleitungsposten und Mitteilungen zu Inklusion, zur Zuwanderung, zum Interim Heliosschule, Lärmsituation Grundschule Ottostraße und zum Schulbau.

Zum ersten Mal seit vielen Jahren hatte ein **Bewerber** nicht das Votum der Schulkonferenz. Der Bewerber erhielt keine Ja-Stimmen im Ausschuss, sondern mehrheitlich Enthaltungen bei einer Reihe von Nein-Stimmen, u.a. von uns. Das Schulgesetz sieht vor, dass eine Ablehnung mit einer Zweidrittelmehrheit des zuständigen Gremium erfolgen kann. Vom Text her ist unklar, ob damit die absolute Zahl oder die relative der abgegebenen Stimmen gemeint ist. Das Protokoll der Sitzung geht von der relativen Stimmenzahl aus, so dass der Bewerber abgelehnt wurde.

Zur **Inklusion** lag die Zwischenbilanz 2014 vor und Stellungnahmen des Beirats.

Bei grundsätzlicher Zustimmung zu dem bisher geleisteten haben wir jedoch kritische Anmerkungen zu mehreren Punkten gemacht: Die Sachausgaben für die entsprechenden Schulen betragen im Durchschnitt 2013 weniger als 1000 € pro Schule. Das erscheint uns als zu gering.

Das Vorhaben der Landesregierung, zusätzliche Kräfte nach der Zahl der Schüler mit Förderbedarf zuzuweisen durch eine **Quotenregelung** abzulösen, aufgrund der Unterstellung, dass die Schulen die Zahl der fördererbedürftigen Schüler taktisch erhöhen, halten wir für sehr problematisch. Zu prüfen ist weiterhin, ob die pro Kopf Zuweisung an Schulen für die förderbedürftigen Schüler einen fairen Ausgleich darstellt, denn gleichzeitig sinkt ja die Zahl der Schüler.

Von der Expertenseite, hier vor allem die Eltern, wird die bisherige Umsetzung der Inklusion sehr kritisch gesehen: es wird eine deutlich höhere **Personalausstattung** für Beratung gefordert, weiter wird kritisiert, dass in den Schulen offensichtlich ein zu geringes Bewusstsein darüber existiert, welche Qualifizierungsmaßnahmen möglich sind. Kritisch gesehen wird auch, dass im offenen Ganztage die Unterstützung zu gering ist.

Von der Liga wird kritisiert, dass der hauptsächliche Blick auf Schulen eine Verengung der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe einer inklusiven Entwicklung darstellt.

Die Stadt erhält 1,3 Millionen mehr für den inklusive Prozess, wenn man jedoch bedenkt, dass eine inklusive Schule ca. 10 % mehr Raumbedarf hat, so ist das nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Im Bereich der **Zuwanderung** stößt die Stadt an ihre Grenzen: Es gibt zur Zeit ca. 100 Seiteneinsteigerklassen und monatlich müssen ca. 100 Schüler und Schülerinnen in den Schulen integriert werden. Alle zusätzlichen Mittel des Landes sind abgerufen worden. Es wird versucht, die Bezirksregierung dazu zu bewegen, auch unterjährig Integrationsstellen zu bewilligen. Unsere Aufgabe wird es sein, diesen Prozess in den betreffenden Ausschüssen aufmerksam zu verfolgen und gegebenenfalls zu intervenieren.

### **Interimsstandort Heliosschule:**

Die Verwaltung ist von ihrem Vorschlag abgerückt, für das Interim den Longericher Standort vorzuschlagen, sondern nun werden die Gebäude Overbeckstraße und Borsigstraße vorgeschlagen. Das ist überaus begrüßenswert, da damit die Verbindung zum endgültigen Standort gewährleistet ist. Problematisch ist, dass die Verwaltung, wie sie sagt im Einvernehmen der Universität, von dem Schulversuch Primus für die Klassen 1-4 abgerückt ist.

Die universitäre Vorbereitungsgruppe hofft nach wie vor, auch später in dieses Programm einbezogen zu werden, jedoch nach Aussage von Frau Klein wird Primus nicht noch einmal

vom Land verlängert. Dann beginnt die Heliosschule eben als ganz normale Grundschule im Gebäude Mommsenstraße im nächsten Schuljahr.

Zum Problem **Lärm und Schadstoffe der neuen Grundschule Ottostraße** gibt es folgenden Vorschlag der Gebäudewirtschaft: Das Grüne Klassenzimmer wird abgesenkt und in der Ausrichtung gedreht. Der Lärmschutz wird durch einen stärker begrünten Zaun verbessert. Zu den Emissionen gibt es keinen Vorschlag. Zu prüfen ist, ob eine Kontrolle der vorgeschriebenen Geschwindigkeit auf der A 57 etwas bringen kann.

Die Verwaltung legte eine Liste der anstehenden **Bauvorhaben** im Schulbereich vor: Die genannten 65 Maßnahmen, von denen sich einige noch in der verwaltungsinternen Abstimmung befinden, summieren sich auf 825 Millionen €. ( Leider sind das noch nicht alle notwendigen Maßnahmen!)

Wegen gravierender Probleme bei der Erteilung von **Schülertickets für Flüchtlingskinder** haben wir eine entsprechende Anfrage gestellt.

Wegen der gespaltenen Haltung der Verwaltung in der Frage der **Einzäunung von Schulhöfen** haben wir nach den entsprechenden Regelungen und Grundlagen gefragt.

Horst Thelen